

Rede von Horst Linowski, Zeitzeuge, anlässlich der Gedenkveranstaltung des Landtages zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953, Magdeburg, 17. Juni 2003

Verehrte Anwesende!

Ich möchte mir die ganze Titelei ersparen und es bei dieser einfachen Rede belassen.

Die Sehnsucht nach Freiheit ist im Menschen tief verwurzelt. Sie lässt sich auf Dauer nicht unterdrücken. Dafür liefert die Geschichte vielfältige Beweise. Auch der Aufstand vom 17. Juni 1953 war der Beweis dafür. Er begann als Streik gegen die Normerhöhung und als Protest gegen immer schlechtere Lebensbedingungen, und er wandelte sich binnen Stunden in einen Volksaufstand zur Freilassung politischer Gefangener, für freie Wahlen und ein vereinigtes Deutschland.

Zu Recht wurde dieser Tag auch im freien Teil Deutschlands als Tag der Einheit gefeiert. Dass er mit den Jahren verkam, lag weniger an den sommerlichen Temperaturen, als vielmehr daran, dass Politikern der Bundesrepublik mit den Jahren der Glaube an die Wiedervereinigung Deutschlands verloren gegangen war. Dabei hatte das Volk im Juni 1953 schon fast gesiegt. Ulbricht und Konsorten hatten sich bereits bei den Sowjets verkrochen. Nur sowjetische Panzer, die den Volksaufstand niederwalzten, sicherten ihr Überleben.

Acht Jahre später, im Sommer 1961, sperrten die SED-Machthaber 16 Millionen Menschen hinter Mauern, Stacheldraht und Todesstreifen. Das war das größte Gefängnis. Es war das steinerne Eingeständnis der SED-Machthaber, dass die Sehnsucht nach Freiheit so lebendig war wie eh und je.

Viele suchten die Flucht als einzigen Weg in die Freiheit. Viele bezahlten das mit ihrem Leben. Noch mehr wurden gefasst und für Jahre in Gefängnisse gesperrt. Auch subtilere Methoden der Repression konnten die Freiheitssehnsucht nicht unterdrücken. Im Herbst 1989 erhoben sich die Menschen im Osten Deutschlands wieder. Diesmal retteten keine sowjetischen Panzer die Nachfolger Ulbrichts: die Honecker und Krenz, die Mielke und Wolf. Im Herbst 1989 erkämpften sich die Deutschen im Osten die Freiheit und strafte auch all diejenigen Lügen, die den Glauben an die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit längst aufgegeben hatten. Die Wiedervereinigung unserer Heimat in Freiheit war nicht das Werk von Politikern, sondern das Werk freiheitsliebender Menschen im Osten. Der Grundstein dafür wurde am 17. Juni 1953 gelegt. Deshalb wird der 17. Juni für uns auch immer der eigentliche Tag der Einheit in Freiheit bleiben.

Heute stehen wir an einem Ort, der Höhepunkte und Tiefpunkte deutscher Geschichte kennen gelernt hat. Wir stehen hier mit Stolz und mit Freude; denn wir haben unsere Freiheit selbst errungen. Wir gedenken aber auch der Opfer, die das Ringen um die Freiheit gekostet hat, und der Opfer, die den vielen Angehörigen abverlangt wurden. Jahrzehnte politischer Verfolgung haben bei vielen physische und psychische Schäden hinterlassen. Sie wirken fort bis auf den heutigen Tag.

Diskriminierungen im Alltag und im Beruf haben viele politisch Verfolgte in der DDR an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Sie leben heute von kleinen Renten - im Gegensatz zu ihren Peinigern und zu denen, die in der DDR Karriere machten und Privilegien erwarben. Deren

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Privilegien wurden durch höchstrichterliche Rechtsprechung und per Gesetz zu Anwartschaften erhoben. Für sie zahlt der Rechtsstaat Bundesrepublik jährlich. Für jene aber, für die die Freiheit und die Einheit unseres Vaterlandes alles war und die Opfer brachten, hat die Bundesrepublik keinen sozialen Ausgleich übrig, um sie aus der sozialen Not zu befreien. Das ist eine Schande für dieses Land.

Von hier aus rufen wir die Politiker Deutschlands auf: Schafft die gesetzliche Grundlage und lasst den einzelnen Abgeordneten im Bundestag nach seinen Gewissen und ohne Fraktionszwang abstimmen. Haltet uns und unseren toten Kameraden keine vertröstenden Reden. Helft zumindest denen, die heute noch leben und für unser aller Freiheit in Not geraten sind.

Erinnern wir uns an die zur Abschreckung vom sowjetischen Militärtribunal zum Tode Verurteilten Dartsch und Stauch. Nach einer zweiten Verhandlung wurde dann durch ein DDR-Gericht auch die Todesstrafe für Jennrich ausgesprochen und vollstreckt. Alle zum Tode und zu Haftstrafen Verurteilten des 17. Juni sind rehabilitiert worden, also unschuldig in Haft gewesen.

An dieser Stelle möchte ich auch an die verstorbenen Kameraden aus Magdeburg, die vom sowjetischen Militärtribunal nach der Haftentlassung verurteilt worden sind, erinnern. Es sind dies Georg Böttcher, Heinz Gruß, Kurt Czernicky, Walter Schmidt und Willy Schmidt. Die drei Letztgenannten waren Streikführer der Staatswerft Rothensee. Sie wurden vom Oberbürgermeister Daub ohne Anhörung an die sowjetischen Militärbehörden übergeben.

Erwähnen möchte ich auch die durch die SED-hörige Justiz Verurteilten vom 17. Juni 1953.

An dieser Stelle möchte ich einen Dank aussprechen für die Benennung des Platzes des 17. Juni. Wir haben eine Gedenktafel beim Innenministerium anbringen können.

[Quelle: Gedenkveranstaltung des Landtages zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Parlamentarische Schriftenreihe Heft 23, hrsg. vom Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2003, S. 20-22.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---